



Arheiliger Ortskern: letztes freies Grundstück soll für Aldi zubetoniert werden: 90% Überbauung, kein Grün, keine öffentlichen Wege, weniger Wohnungen als mit geltendem Bebauungsplan möglich.

INHALT

SEITE 2:
 BÜRGERPARK
 MASTERPLAN 2030

Seite 3:
 KLIMAENTSCHEID
 GERECHTE
 EINGRUPPIERUNG
 BÜRGERBETEILIGUNG

SEITE 4:
 WESTWALD
 SOZIALTICKET

Kein Aldi II in Arheilgen

NACHGEFRAGT

611? JA, 611!

Bezahlbare Wohnungen sind rar in Stadt und Landkreis. Bald werden sie noch rarer. Denn die öffentlichen Wohnungsunternehmen GWH und Bauverein AG geben Darlehen, die sie für Sozialwohnungen bekommen haben, vorzeitig zurück und müssen dann nicht mehr vergünstigt vermieten. Das ist dramatisch für Betroffene und Kommunen.

In mehreren Kommunen im Landkreis will die Bauverein AG 611 Sozialwohnungen aus der Bindung nehmen. Dadurch werden die Mieten steigen und die Kommunen verlieren ihre Belegungsrechte.

Das Gleiche plant die dem Land Hessen gehörende GWH, wodurch in Kranichstein zahlreiche Mietpreisbindungen und Belegungsrechte wegfallen.

Wir finden es sehr merkwürdig, dass unsere Stadtregierung die GWH scharf kritisiert, aber über das gleiche Verhalten des Bauvereins kein Wort verliert.

Wir haben nachgefragt, warum der Bauverein die Bindungen auflösen will und welche Perspektiven es für den Erhalt günstigen Wohnraums gibt. Die Antwort: Bei lang laufenden Sozialbindungen seien größere Investitionen z.B. in die klimaschutzgerechte Sanierung nicht finanzierbar. Also wird wieder einmal kein Geld aufgebracht, um Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammen zu bringen!

Ein Lehrstück, wie Stadtplanung nicht laufen sollte

Am Anfang stand ein Grundstücksgeschäft – Beteiligte: die Stadt, Private und ein Investor, der zunächst unbekannt war. Während einer nichtöffentlichen Bauausschusssitzung vor drei Jahren wurde klar, der Investor ist Aldi und er verspricht eine win-win-Situation für Alle – weitere Einkaufsmöglichkeiten kombiniert mit Wohnungen, sogar geförderter Wohnraum, und das Alles im Ortskern von Arheilgen, schön oder? Wäre da nicht schon ein gut entwickelter und quirliger Ortskern in den letzten Jahren entstanden. Den Einzelhandelskonzepten der Stadt (2004 und 2012) zum Trotz hat sich Arheilgen einfach mal selbst entwickelt – EDEKA und DM kamen, Hofläden und Geschäfte eröffneten, die Arheilgen ausgesprochen positiv und angenehm beleben. Und einen Aldi gibt es auch, knapp 800m südlich. Ein echtes Defizit im Einzelhandel ist hier so nicht auszumachen. Andernorts schon – in Wixhausen fehlt fast jede Möglichkeit der ortsnahen Versorgung. Hier wäre Aldi ein echter Gewinn.

Stadtplanung und Wirtschaftsförderung müssen ineinandergreifen und lenken, nämlich dahin wo echter Bedarf ist. Ihren Ausdruck findet Stadtplanung und Wirtschaftsförderung in Bebauungsplänen, die es für viele Gebiete der Stadt gibt, auch für das Gebiet rund um den geplanten Aldi. Was hat der bestehende Bebauungsplan dort gemacht? Er hat versucht die dörfliche Struktur dieses Teils des Arheilger Ortskerns zu bewah-

ren und hat Raum gegeben hier eine eher kleinteilige und somit ins dörfliche, kleinräumige passende Entwicklungsmöglichkeit aus Wohnen und Gewerbe zu realisieren.

Ein „vorhabenbezogener Bebauungsplan“ für Aldi:

Was macht der vorhabenbezogene Bebauungsplan Aldi? Eine völlige Abkehr von dem bestehenden Bebauungsplan – eine vollflächige Bebauung mitten rein in die kleinräumigen, denkmalgeschützten, dörflichen Strukturen mit einem Feigenblatt von 15 Wohnungen. Er zerschneidet das was versucht wurde zu bewahren und behutsam weiterzuentwickeln – Grünflächen, Gärten, eine sich ins Ortsbild einpassende Entwicklung von kleinen Gewerbeeinheiten und rund 18 Wohnungen, die im bestehenden Bebauungsplan schon möglich waren.

Hier zeigt sich zum wiederholten Male in dieser Stadt, wie problematisch die vorhabenbezogenen Bebauungspläne sein können. Hier ballt sich alles was so eine Planung negativ hervorbringen kann. Der Plan (und das ist auch rechtlich so gewollt) betrachtet einzig das Vorhaben. Die Umgebung wird – wenn

überhaupt – informell betrachtet. Er schafft so Konflikte in einer Umgebung, in der ein bestehender Bebauungsplan Konfliktfelder anging, Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigte. Dieser einzig auf das Vorhaben bezogene Plan schafft neue Konflikte – für den vorhandenen Einzelhandel, für die Verkehrssituation der Frankfurter Landstraße, durch den Kunden- und Lieferverkehr und die Betrachtung und Abwägung der Klimafolgen dieses Vorhabens, die der Magistrat seit den Klimaprotesten versprochen hat, ist im vorliegenden Plan noch nicht mal erwähnt. Wer sich dieses Vorhaben anschaut mit seiner Flächenversiegelung, seinem Energieverbrauch, dem zusätzlichen Verkehr, der merkt sehr schnell: klimaverträglich, sozial und ökologisch ausgewogen ist was Anderes.

All das und die 15 Wohnungen (und sogar mehr) wären mit ein bisschen Phantasie und gutem Willen von allen Beteiligten Grundstückseigentümer*innen auch ohne Aldi im Rahmen des bestehenden Bebauungsplans möglich gewesen.

So wie sich Arheilgen den Konzepten zum trotz selbst entwickelt hat, so wehren sich die Arheilger in der IGAB. Über 1000 Einwendungen gegen den ALDI-Bebauungsplan und gut durchdachte Alternativvorschläge, denn eine kleinräumige und ins Bestehende sich einpassende Entwicklung der Grundstücke, hätte die Unterstützung der Arheilger*innen gefunden.

Die Vorlage wird unsere Stimmen nicht bekommen.



Martina Hübscher-Paul,
 Stadtverordnete

**Das wirft die Frage auf:
 Wem gehört die Stadt,
 den Menschen oder den Investoren?**

Luxuswohnen für Wenige beschneidet Lebensräume für alle

Statt Grün und Park für alle, Luxuswohnungen am See nur für Reiche.

Darmstadt wächst und damit auch die Einwohnerdichte je km² Stadtfläche. Zunehmend steht die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbaren Wohnungen in Konkurrenz zu den öffentlich zugänglichen Grün- und Freiräumen in der Stadt, die immer intensiver genutzt werden.

Das Darmstädter Martinsviertel ist noch ein ruhiges und lebenswertes Wohnquartier. Doch die Nachverdichtung durch Schaffung neuer Wohnungen mit den dafür notwendigen Infrastruktureinrichtungen hat schon jetzt das Gesicht des Viertels verändert. Viele kleine Plätze und Freiräume wurden dafür geopfert und der Versiegelungsgrad im Quartier steigt.

Versiegelte Flächen verstärken die Absorption von Sonnenstrahlen und das Quartier heizt sich immer weiter auf. Das macht sich schon jetzt deutlich bemerkbar, denn wochenlange Hitzewellen verwandeln das Viertel in einen „Backofen“, der auch nachts kaum mehr abkühlt. Das Viertel mit der höchsten Einwohnerdichte droht zu einem Hitze-Hotspot zu werden, denn ein Ende der Bebauung ist nicht in Sicht und der Klimawandel tut ein Übriges.



Rita Weirich, Mitglied erweiterte Fraktion

Frischluffproduktion für das Viertel

Grünanlagen wie der Bürgerpark wirken aufgrund des relativ extremen Temperatur- und Feuchte-Tagesverlauf und der damit verbunde-

nen Kalt- und Frischluftproduktion ausgleichend auf die bebaute und oft überwärmte Umgebung. Sie übernehmen damit die Funktion von Ventilationsschneisen. Weltweit fordern Experten eine neue Stadtplanung, die ein unbedingtes Freihalten von Frischluftschneisen vorsieht.

Aber nicht so in Darmstadt. Auf dem großen Messplatz, westlich des Bürgerparks, will der Bauverein sechs Gebäude mit 560 Wohnungen, einer Parkgarage und Gewerbeflächen errichten. Die hohe Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum schafft Notwendigkeiten und so muss in Zukunft auf den Messplatz verzichtet werden. Bisher leistete er einen wichtigen Beitrag für die Luftqualität und das Quartiersklima, als Reservefläche für Starkregenereignisse und zum Bodenschutz.

Schon allein mit dieser Planung stößt der Bürgerpark an die Grenzen seiner Belastbarkeit. Doch auch der Bürgerpark selbst, ursprünglich Ausgleichsfläche für die Lichtwiese, wird zunehmend bebaut und versiegelt.

20 Reihenhäusern, 22 Doppelhäusern und fünf Einzelhäuser

Seit Mitte der 70er Jahre gibt es im Bürgerpark drei verschiedene Nutzungsbereiche. Im Süden sind 8 verschiedene Schulen mit dazugehörigen Gebäuden angesiedelt. Es folgt eine Spiel- und Sportzone mit Nordbad, Eisporthele sowie einem

Leichtathletik-Leistungszentrum mit entsprechenden Parkplätzen. Erst im nördlichsten Teil befindet sich ein verhältnismäßig kleiner, landschaftlich gestalteter Park mit Hügeln, Seen sowie Baum- und Wiesengebieten. Noch sind alle Bereiche durch ein öffentliches Wegenetz verknüpft.

Und genau hier, mitten im kleinen Parkbereich, will die grün-schwarze Stadtregierung 74 neue Wohnungen in 20 Reihenhäusern, 22 Doppelhäusern und fünf Einzelhäusern bauen, die Mehrzahl mit direkter Öffnung zum Teich. Damit soll dieser Teil des Parks privatisiert und die Nutzung, auch des Teiches, nur den Besitzer*innen vorbehalten werden. Dieses geplante Wohnen der Luxusklasse geht auf Kosten der Allgemeinheit und darf nicht zugelassen werden.

Statt Bäume und Grün, immer mehr Beton und Versiegelung

Durch diese Bebauung und die geplante Fällung von 25 -30 Bäumen wird wertvolle Grünfläche im Bürgerpark für immer zerstört, was dem eigenen Klimagutachten der Stadt komplett widerspricht. Auch die Verkehrssituation im Bereich der Kastanienallee wird sich dadurch enorm verschärfen. Die Kastanienallee wird zu einer stark befahrenen Straße, die den Park teilen, Lärm verursachen und die Luft weiter verschmutzen wird.



Aber nicht nur vorhandenen Bäumen und Pflanzen wird der Lebensraum genommen, auch vielen Tiere, z.B. Amphibien, Eidechsen und Vögeln, die auf dem Grundstück leben bzw. am See brüten. Gerade die Versiegelung von Grünflächen wird als eine der Ursachen für das Artensterben gesehen.

Der Bürgerpark ist als ausgleichende Begrünung für die lokale Klimazone unentbehrlich. Aber auch zur Erholung und sportlichen Betätigung in frischer Luft ist der Bürgerpark unerlässlich. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ist er für Kinder und Eltern, die in beengten Wohnungen ohne Balkone leben, eine der wenigen Möglichkeiten sich im Grünen auszutoben.

Wir LINKE haben uns bereits in der Stadtverordnetenversammlung gegen die Luxusbebauung des Bürgerparks ausgesprochen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Bürgerpark als Grün- und Freizeitfläche für „Alle“ erhalten bleibt.

Darmstadt setzt voll auf Wachstum

Kritische Anmerkungen zum Masterplan 2030+

Die grün-schwarze Koalition beschloss im Juni 2020 im Stadtparlament den „Masterplan 2030+“. Dieser ist ein „informelles, steuerndes und partizipatorisches Planungsinstrument“, das „handlungsweisend“ für die zukünftige Stadtentwicklungsplanung sein soll. Einige Ziele klingen in ihrer allgemeinen Form erst mal nicht schlecht: Klimaschutz hat oberste Priorität, Abkehr von der Auto-Orientierung, Sicherung der Lebensqualität in Darmstadts Quartieren, Schaffung klarer Siedlungskanten. Dennoch stimmte die Opposition geschlossen gegen den Masterplan 2030.

Schon der Beschlussfassung im Stadtparlament ging eine turbulente Diskussion voraus. Denn der Masterplan sah ein 40 Hektar großes Waldstück in Eberstadts Süden als „Potentialfläche“ für künftige Bebauung vor. Sofort bildete sich ein breiter Bürgerprotest und in kurzer Zeit wurden 5.600 Unterschriften gesammelt. Grün-schwarz war beeindruckt und formulierte schnell für die anstehende Stadtverordnetenversammlung einen Maßgabe-Antrag, dass doch kein Wald für Wohnbebauung weichen soll. Schon dieser Vorgang zeigt, dass in dem Masterplan viel Wortakrobatik steckt und gesundes Misstrauen angesagt ist.



Erhard Schleitzer, Mitglied erweiterte Fraktion

Und es tun sich weitere Widersprüche auf:

Das Grüne Band rund um Darmstadt soll ein „Netz von Grünräumen z. T. mit Wasserflächen“ ringförmig zusammenführen. „Gewässer (sind) zugänglich und erlebbar zu machen“. Doch wo wird zukünftig dieses grüne Band im Norden Darmstadts durchbrochen? Mit der geplanten Luxusbebauung mit fast 50 Reihen-, Doppel und Einzelhäusern rund um einen der Öffentlichkeit nicht zugänglichen See, die von Grün-Schwarz gegen starken Widerstand vor allem aus dem Martinsviertel vorangetrieben wird. „Wir müssen und wir werden auch Wohnraum für Fach- und Führungskräfte in unserer Stadt schaffen“, erklärte OB Partsch.

Der „drohenden Verödung der Einzelhandelsfunktionen ... muss durch gezielte Attraktivitätssteigerung der Zentren [...] begegnet werden“. Was passiert in Arheilgen? Hier soll ein

Boomstädte fördern soziale Spaltung und sind ökologisch ein Irrweg.

zweiter Aldi-Markt errichtet werden, überdimensioniert, eng an die Straße gebaut und ein Fremdkörper im historischen Stadtkern. Für die umliegenden zwei Einkaufsmärkte und zwei kleinere Läden entsteht die Gefahr der Verdrängung. Auch dagegen gibt es massive Proteste.

„Die Attraktivität der öffentlichen Räume und Plätze (ist zu) steigern“, heißt es im Masterplan. Soll die Neugestaltung des Friedensplatzes dafür ein gelungenes Beispiel sein?

Sehr bedenklich ist auch der Vorschlag einer „vertiefenden Prüfung“, ob die Kleingärten um Darmstadt herum „einer Wohnnutzung zugeführt werden sollten.“ Außerdem ist zu kritisieren, dass große und gute Ackerflächen im Norden neuen Gewerbegebieten weichen sollen.

Oft wird im Masterplan der Anspruch formuliert, „Dialoge mit und von der Bevölkerung (zu) fördern.“ Aber gerade die oben aufgeführten Beispiele zeigen, wie wenig Dialoge mit der betroffenen Bevölkerung geführt werden.

Wachstum um jeden Preis?

Der Masterplan geht wie selbstverständlich von der Prämisse aus, dass Darmstadt weiter wächst und auch wachsen soll. Für 2035 wird für eine Stadt mit 184.000 Einwohnerinnen und Einwohnern geplant. Entspre-

chend dieser Wachstumslogik sollen die Ansiedlung und Neugründung von Unternehmen gefördert und die Flächen dafür vorgehalten und angeboten werden. Der OB und die Baudezernentin besuchten Oktober 2020 die internationale Immobilienmesse in München, um für den Standort Darmstadt zu werben. Als großes Ereignis für Darmstadt wurde gefeiert, dass die Zentrale von Alnatura mit 500 Mitarbeiter*innen von Bickenbach nach Darmstadt umzieht.

Wenn zusätzliche Gewerbeflächen ausgewiesen werden, führt das zwangsläufig zu einem Zuzug von weiteren Menschen mit wachsendem Verkehr und weiterer Bebauung und Versiegelung von Flächen. Grün-Schwarz fördert einen falschen Stolz auf Darmstadt als Boomstadt, die attraktiv ist und Gewerbe und Menschen von überall her anzieht. Das ist aber ökologisch gesehen der falsche Entwicklungsweg. Die „Boomstädte“ fördern die soziale Spaltung: Mieten und Immobilienpreise steigen ständig weiter, Gering- und Mittelverdiener werden aus den Städten verdrängt weil sie den Modernisierungsgewinnern Platz machen müssen. Ganz abgesehen davon haben „Boomstädte“ ihr Gegenstück: andere Regionen verlieren an wirtschaftlicher Bedeutung und leiden unter Bevölkerungsrückgang.

Reichtum besteuern! Für eine wirksame und soziale Klimapolitik

Der Klimaschutz müsste eigentlich das große Thema der Grünen sein. Doch nachdem sie 2011 stärkste Kraft in Darmstadt geworden waren, passierte zunächst wenig – denn Klimaschutz ist teuer und konfliktträchtig. Ähnlich wie beim Radverkehr musste erst eine Menge Druck „von unten“ die Koalition dazu bringen, den klimagerechten Umbau der Stadt ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Für einen Teil dieses Drucks hat die Initiative KlimaEntscheid gesorgt, indem sie über 5.000 Stimmen für die Abhaltung eines Bürgerentscheids sammelte. Dessen Inhalt ist, kurz zusammengefasst, dass jährlich ca. 35 Mio Euro für Klimaschutz-Maßnahmen in 11 Bereichen eingesetzt werden sollen. Die Finanzierung soll nach den Vorstellungen des KlimaEntscheids durch Förderprogramme, durch eine deutliche Erhöhung der Gewerbesteuer sowie durch hohe Anwohner-Parkgebühren erfolgen.

Der Magistrat hält den Entscheid nicht für zulässig, u.a. weil die Kostenschätzung viel zu niedrig sei und weil ein Bürgerentscheid sich nicht an die Unternehmen der Stadtwirtschaft richten dürfe. Im Gegenzug hat er eine Reihe ähnlicher Maßnahmen formuliert, die stattdessen umgesetzt werden sollen. Bei diesen kommt uns vor allem die Geschwindigkeit der Gebäude- und Heizungsanierung der Gebäude von Stadt und Stadtkonzern zu kurz.

Bereits im Sommer hatten wir einen Antrag gestellt, dass die Bauverein AG ein Konzept zur sozialverträglichen energetischen Sanierung ihres Bestands vorlegen soll und ab jetzt Heizungsanlagen nur noch auf Basis regenerativer Energieträger projektiert. Dieser Antrag wurde ähnlich wie der KlimaEntscheid mit dem Argument abgelehnt, dass die Stadtverordneten unserem städtischen Wohnungsbauunternehmen nichts vorzuschreiben hätten.

Eine Klimapolitik bei der jetzigen Haushaltslage unter den Bedingungen der Schuldenbremse wird das Ziel „Netto-Null in 2035“ nicht erreichen. Sie wird auch keine soziale Abfederung bieten können, also keine Klimagerechtigkeit. Hinzu kommen die künftigen Belastungen durch die Corona-Krise. Deshalb kritisierten wir in der Debatte grundsätzlich, dass die Kommunen für eine entschlossene soziale Klimapolitik nicht genug Einnahmen haben und dass sie sich die benötigten Mittel auch nicht über Kredite beschaffen dürfen. Die Kosten der Unterlassung dieser Investitionen werden deutlich höher sein als die Zinsen für diese Kredite. Das heißt, anstelle von Geldschulden würden wir gegenüber künftigen Generationen Klima-Schulden anhäufen. Dagegen wehren wir uns.

Unser Oberbürgermeister hat im Januar dieses Jahres bei seinem Neujahrsempfang einen weltweiten

„Green New Deal“ gegen die Klimaerwärmung gefordert. Das hört sich gut an. Doch der „New Deal“, den US-Präsident Roosevelt 1933 gegen die Armut und die Wirtschaftskrise umsetzte, war nicht nur eine neue Idee von Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern er wurde auch durch eine andere Steuerpolitik finanziert. Das ist bei einer neuen Klimapolitik nicht anders: sie ist vor allem eine Finanzierungs- und Verteilungsfrage. Deshalb haben wir in der Debatte über den Klimaentscheid beantragt, dass sich Darmstadt für einen sozialen und ökologischen „New Deal“ in Deutschland stark macht, der finanziert wird aus der Besteuerung großer Vermögen, Einkommen und Unternehmensgewinnen, und der die Kreditbeschränkung durch die Schuldenbremse aufhebt. Darauf hat sich die Koalition allerdings nicht eingelassen – aber immerhin unterstützte uns die SPD-Fraktion.

Zur Ablehnung des Klimaentscheids



Uli Franke,
 Stadtverordneter DIE LINKE

Endlich Aufwerten!

Schon seit langem kämpfen die Erzieherinnen und Erzieher in Darmstadt für eine gerechtere Eingruppierung (von Entgeltgruppe S 8a auf Entgeltgruppe S 8b).

Wir haben in der Vergangenheit die Kolleginnen und Kollegen immer wieder unterstützt und ihre Forderungen mit Anträgen und Anfragen an die Stadt herangetragen.

In den Anträgen zu den Haushalten 2019 und 2020 haben wir die Höhergruppierung gefordert und konkrete Vorschläge zur Umsetzung formuliert. Leider wurden diese Forderungen von den regierenden Parteien den Grünen und der CDU jedes Mal abgelehnt.

Der Magistrat versteckt sich hinter der Tarifautonomie und behauptet, dass dies eine Auseinandersetzung der Tarifparteien wäre, was schlichtweg falsch ist.

Die Eingruppierung hängt nur von den Betriebsparteien ab, also Personalrat und Arbeitgeber. Der Tarifvertrag gibt hier die Rahmenbedin-

gungen vor, nicht mehr aber auch nicht weniger.

Bei den oben genannten Eingruppierungsmerkmalen ist festzustellen, dass die EG S 8a durch die veränderten Anforderungen in den

Arbeitsfeldern nicht mehr der Realität entspricht.

Die Bedeutung der Kindertagesstätten als Lern- und Bildungsort für die Kinder, die Umsetzung der Inklusion, die zunehmende Diversität

der Kindergruppen, um nur einige zentrale Aspekte der Ansprüche an die Beschäftigten zu nennen, begründen ganz eindeutig die höhere Eingruppierung zu EG S 8b.

In Frankfurt, Rüsselsheim und neuerdings auch in Hanau werden die Erzieherinnen und Erzieher in EG S 8b eingruppiert.

Es ist an der Zeit, dass auch der Magistrat in Darmstadt die Leistungen der Beschäftigten anerkennt und auch entsprechend bezahlt. Um die Qualität in den Kitas zu erhalten und weiter auszubauen, braucht es gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte. Diese müssen auch entsprechend bezahlt werden. Außerdem riskiert die Stadt, gut ausgebildete Fachkräfte an andere Kommunen, die besser bezahlen, zu verlieren.

Wir werden in den kommenden Anträgen zum Haushalt 2021 unsere Forderung nach der Höhergruppierung wieder einbringen und in der mündlichen Begründung die Dringlichkeit darstellen.

Gerechte Eingruppierung im Sozial und Erziehungsdienst ist in Darmstadt ein Dauerthema



Maria Späh, Mitglied erweiterte Fraktion



Karl-Heinz Böck,
 Fraktionsvorsitzender Linksfraktion

EG S 8a
Erzieher*innen, Heilerziehungspfleger*innen, Heilerzieher*innen oder sonstige Beschäftigte mit entsprechenden Tätigkeiten

EG S 8b
Erzieher*innen, Heilerziehungspfleger*innen, Heilerzieher*innen oder sonstige Beschäftigte mit besonders schwierigen fachlichen Tätigkeiten

(aus Entgeltordnung VKA gültig ab 1.1.2017)

Wenn Bürger*innen sich beteiligen wollen...

Die Magstratsmehrheit hat Beteiligung in ihren Koalitionvertrag geschrieben. Vorhabenlisten, Leitlinien, Bürgerhaushalt, eine Bürgerbeauftragte – die Beteiligung brummt. Trotzdem gibt es verbreiteten Unmut. Der Autor konnte aus verschiedenen Winkeln Erfahrungen sammeln. So auch in einer Bürgerinitiative. Das fängt damit an, dass Themen als ungeeignet für Beteiligung bezeichnet werden. Die öffentlichen Plätze in der Innenstadt zum Beispiel. Ausrede: das wurde schon längst entschieden. In anderen Fällen steht etwas noch lange nicht an und geht die Bürger daher auch nichts an. Dann

die Sache mit den Bürgerversammlungen. Die Bürger*in kommt unvorbereitet, weil im Netz noch nichts zu finden ist. Die Verwaltung hält lange Vorträge, Bürger*in darf fragen. Vielleicht gerade mal eine halbe Stunde. Aufkommender Unmut wird in Schach gehalten mit Hinweisen, es würde alles berücksichtigt. Dann haben sich die Anwesenden ein Bild gemacht und könnten danach eigene Vorstellungen entwickeln. Die sind aber nicht mehr gefragt und eine weitere Versammlung gibt es auch nicht.

Und wer bei den fünf bisherigen Bürgerforen zum Masterplan etwas

gesagt oder auf Zettel geschrieben hat, wird sich wundern, was davon im Netz noch zu finden ist: so gut wie nichts! Alles ist nachzulesen unter <https://kurzelinks.de/wtsg> Wer die Hörprotokolle durchgeht, findet fast ausschließlich Beiträge von Verwaltung und Fachbüros. Wie die Zettel, landet auch die Meinung von Bürger*innen meistens auf dem Müll.

Dazu kommt, dass nichts über Alternativen verlaublich wird. Es gibt immer nur eine Lösung, und die ist alternativlos. Und immer geht es in deren Verteidigung um Wohl und Wehe der Stadt – kein Wunder, dass

sich Unmut angehäuft hat. Fehlende Information im Vorfeld, kaum Diskussion vor lauter Vorträgen, Abweisen und Vertrösten auf weitere Diskussion, die dann nicht kommt, das sind leidvolle Erfahrungen.

In Arheilgen ist man empört, dass in den vierteljährlich geplanten Stadtteilforen viel zu spät das Thema ALDI besprochen wurde. Kein Wunder – die Stadt richtet das Forum aus. Es funktioniert besser, wenn Bürger*innen selbst die Mitwirkung ausrichten: in Kranichstein die „Stadtteilrunde“, in der Waldkolonie der Bezirksverein mit „Bewohner-versammlungen“.

Bürgerbeteiligung stärken



Werner Krone,
 Stadtverordneter DKP

Stadt – Wald – Bach

Von sozialer Waldrodung, wundersamen Einfamilienhäusern und der Renaturierung eines nicht vorhandenen Baches

Wir sind im Jahre 2020. In Darmstadt regiert eine grün-schwarze Koalition. In der Stadtverordnetenversammlung passt kein Blatt zwischen „Grüne“ und CDU, alle Anträge werden gemeinsam durchgewunken und Anträge anderer Fraktionen werden standhaft abgelehnt. Für interessierte Bürger*innen, die eine StaVo-Sitzung erleben möchten, ist es sehr hilfreich, dass Grüne und CDU getrennt sitzen. So weiß man wenigstens, von welcher Partei die Redner*in ist. So weit so gut oder schlecht.

Bis zur Kommunalwahl möchte die grün-schwarze Stadtregierung so gerne Darmstadt noch weiter zur erfolgreichen Schwarmstadt machen. Der dritte Platz der am meisten wachsenden Städte kann ja noch nicht das Ende sein. Kleingeister wie die Linken, die fordern, dass der Fokus auf bezahlbaren Wohnraum gerichtet wird, sind da eher hinderlich. Es wird eine teure Studie von stolzen 124 Seiten mit dem tollen Namen MASTERPLAN 2030+ in Auftrag gegeben, die eine „räumliche Entwicklungsstrategie“ darbieten soll. Mit einschlägigem Studium kann man das Papier auch lesen. Und einige haben sogar gemerkt, dass beträchtliche Waldgebiete nördlich und südlich von Eberstadt als Fläche für Industrie und

Wohnbebauung weichen sollen. Bald erfassen die grünen Strategen, dass einige ihrer Wähler den Begriff „Grün“ nicht mit Waldrodung zusammenbringen können. Bürger*innen demonstrieren und die Koalition bekommt kalte Füße. Was tun? Schnell wird vor der Verabschiedung des MASTERPLAN 2030+ ein „Maßgabe-Antrag“ gestellt, der die Waldflächen wieder herausnimmt. Ob ohne diese Flächen die Entwicklungsstrategie noch stimmig ist? Egal, abgestimmt ist abgestimmt.

Forscher bei der Waldrodung ist da allemal die FDP-Jugend. Sie erfinden die soziale Frage ganz neu. Sozial ist es nämlich, den Westwald, der ja sowieso durch Umweltschäden fast kaputt ist, abzuholzen und Studierendenwohnungen darauf zu bauen. Nur blöd, dass die FDP wiederholt äußert, dass für sie der Darmstädter Wald tabu ist. Die Nachwuchsmanager denken da aber im größeren Rahmen. Aber die FDP-Stattdoberen sind nachsichtig mit dem Nachwuchs. Vielleicht sind sie früher im Kampf für die freie Marktwirtschaft ja auch mal übers Ziel hinausgeschossen. Das gemeinsame Gebet an den „Markt, der alles richtet“ wird den Familienfrieden bestimmt wiederherstellen. Aber auch für andere Überraschungen ist die FDP gut. Sie ist in der Lage kreative Be-

rechnungsverfahren zu präsentieren. Heraus kommt die Aussage, dass Einfamilienhäuser pro Hektar Grund und Boden genauso so viel Wohneinheiten schaffen wie Mehrfamilienhäuser.

Bei diesem Ärger mit der Waldrodung muss die Koalition doch mal zeigen, welche große Bedeutung die natürliche Umgebung für sie hat. Schnell ist ein Rinnsal in Eberstadt gefunden, dass nach einigen Metern versickert. Man deklariert dieses Wässerchen als Bach „Rabenfloß“ und will ihn renaturieren. Aber diese blöden Linken! Nicht nur dass sie mit ihren lästigen Forderungen gegen Privatisierung und anderem der Koalition auf den Wecker gehen, jetzt merken sie auch noch, dass der Bach gar nicht existiert und fordern in einem Antrag, die 800 Tausend Euro lieber für das Mühlthalbad und zur Pflege der Streuobstwiesen zu verwenden. Überraschend die Begründung der Koalition für das Projekt: Für Mühlthalbad und Streuobstwiesen seien ja schon genügend Mittel bereitgestellt. Mit dem oben beschriebenen Koalitionsblock und den Stimmen von UFFBASSE, die ja eher reflexartig mit der Koalition stimmen, ist der Antrag der Linken knapp abgelehnt und der Renaturierung eines nicht vorhandenen Baches steht nichts mehr im Wege.



Wolfgang Weber,
Stadtverordneter DIE LINKE

Bus und Bahn für alle!

Unsere Initiative für ein Sozialticket, das wirklich hilft.

Seit der Abschaffung der Drittel-Ermäßigung im Jahr 2010 fordert die Linksfraktion die Wiedereinführung eines ÖPNV-Sozialtickets in Form einer Halbpriis-Ermäßigung für alle Inhaber*innen der Teilhabecard. Um das Thema vor der Kommunalwahl vom Tisch zu bekommen, hat die Koalition im vorigen Jahr ein Sozialticket eingeführt. Leider konnte sich Grün-Schwarz nur zu einer Billigversion durchringen, die insbesondere den Bewohner*innen der Innenstadt nur wenig bringt.

Die eingeführte Ermäßigung bezieht sich leider nur auf Monatstickets in der 9-Uhr-Variante. In der Kernstadt und innerhalb der Stadtteile ist die Ermäßigung minimal (ca. 15%), nur für Preisstufe 2 gibt es einen ernst zu nehmenden Preisnachlass (40%). Wochen- oder Tagestickets werden nicht bezuschusst, und auch wer frühmorgens z.B. zur Arbeit fahren muss kann nicht profitieren. Diese Beschränkungen hatten wir bei der Einführung kritisiert und vorausgesagt, dass die Vergünstigung für einen großen Teil der Berechtigten nicht attraktiv sein würde.

Ein Jahr nach der Einführung haben wir nachgefragt, wie das Sozialticket zwischen Juni 2019 und Mai 2020 ange-

nommen wurde. Das Ergebnis bestätigt leider unsere Befürchtung: von den 13.000 Berechtigten nahmen in der Zeit vor der Corona-Pandemie jeden Monat nur 240 Personen das Angebot in Anspruch, das sind gerade einmal zwei Prozent. Die Ermäßigungen der Preisstufe 1 werden so gut wie gar nicht nachgefragt. Von den 400.000

**Unser Vorschlag:
Halbpriis-Ermäßigung
auf alle Zeitkarten in
allen Tarifzonen, und
mit digitalem Berechtigungs-
nachweis auf dem
eTicket auch für Tages-
und Einzeltickets.**

Euro, die die Stadt bereitgestellt hat, wurden gerade einmal 38.000 Euro abgerufen, ohne Corona wären es etwa 50.000 Euro gewesen. Das grün-schwarze Sozialticket ist an der knausrigen Ausgestaltung gescheitert.

Wir fordern deshalb, das Angebot zu erweitern, damit es Menschen mit geringem Einkommen wirklich hilft. Nötig

ist eine Halbpriis-Ermäßigung in allen Preisstufen auch ohne die 9-Uhr-Beschränkung für Tages-, Wochen- und Monatskarten, und möglichst auch für Einzeltickets.

Außerdem wollen wir das Verfahren vereinfachen. Aktuell müssen sich die Berechtigten einen Nachweis beim Jobcenter oder Sozialamt besorgen und können damit im Kundencenter eine ermäßigte Monatskarte kaufen. Für Tages- oder Einzeltickets ist das nicht praktikabel. Stattdessen sollen die Inhaber*innen einer Teilhabecard einen digitalen Berechtigungsnachweis auf ihr eTicket gespeichert bekommen, mit dem sie ihre ermäßigte Zeitkarte diskriminierungsfrei am Automaten kaufen können.

Ein solches Sozialticket, das wirklich hilft, haben wir in der In der November-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beantragt. Unsere Initiative bekam großen Zuspruch von anderen Oppositionsfraktionen, die Koalition aus Grünen und CDU lehnte die vorgeschlagenen Verbesserungen aber ab. Damit bleibt leider alles beim alten, und der Stadtkämmerer kann sich über einen Konsolidierungsbeitrag aus dem Sozialticket-Budget in Höhe von 350.000 € freuen.



Uli Franke,
Stadtverordneter DIE LINKE

Adresse

Fraktion DIE LINKE in der
Stadtverordnetenversammlung

Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 Darmstadt

Telefon: 06151 - 6 69 0310
Telefax: 06151 - 6 69 05 33

info@linksfraktion-darmstadt.de
www.linksfraktion-darmstadt.de
facebook.com/linksfraktion.darmstadt

Bürgersprechstunde

Unsere Stadtverordneten laden Sie herzlich ein, Ihre Anliegen und Anregungen im persönlichen Gespräch vorzutragen.

Zur Vereinbarung eines Termins kontaktieren Sie uns telefonisch oder per Email.

Öffentliche Fraktionsitzungen

Ort: **LinksTreff Georg Fröba**

Nächste Termine:

18. Jan. 18 Uhr
8. Feb. 17 Uhr